

presse

AG Bildung und Forschung

Berufsbildungsbericht 2019 macht deutlich: Handlungsdruck besteht weiter

Yasmin Fahimi, zuständige Berichterstatterin:

Bildungsministerin Karliczek stellt heute den Berufsbildungsbericht 2019 vor. Aus Sicht der SPD-Fraktion bestätigt dieser: Wir müssen die von uns erkämpften Maßnahmen im Koalitionsvertrag umsetzen und zuallererst die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) endlich auf den Weg bringen.

„Der Berufsbildungsbericht 2019 gibt uns Rückendeckung. Wir müssen mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes endlich die Berufsausbildung modernisieren und Verbesserungen für die Auszubildenden umsetzen. Dies gilt sowohl für Vergütung als auch für Qualität und Rahmenbedingungen der Ausbildung. Es ist unverantwortlich, diese Reform weiter auf die lange Bank zu schieben und die Erfolgsgeschichte der dualen Ausbildung nicht fortzuschreiben.

Der Bericht zeigt, dass die Gesamtzahl der Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss inzwischen auf über zwei Millionen angewachsen ist. Das ist ein sozial unhaltbarer Zustand. Für diese Gruppe von Betroffenen müssen wir Brücken in die Zukunft bauen mit gesonderten Programmen. Das könnte auch eine Chance sein für Klein- und Kleinstbetriebe, die sich laut Bericht überproportional aus der Ausbildung zurückziehen.

Ein besseres Zusammenführen von Ausbildungsplatzangeboten und Nachfrage ist notwendig, um die gleichzeitig 24.500 Ausbildungsplatzsuchenden, die laut Berufsbildungsbericht ohne passende Ausbildungsstelle blieben, erfolgreich zu vermitteln. Es bestätigt sich außerdem erneut, dass Ausbildungsberufe mit schlechter Vergütung und schwierigen Arbeitsbedingungen Probleme haben,

Auszubildende für sich zu gewinnen. Es gilt also Ausbildungsbedingungen schnell zu verbessern, insbesondere auch durch eine Mindestausbildungsvergütung.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag für einen besonderen Stellenwert der beruflichen Bildung eingesetzt. Die im Bericht aufgeführten Maßnahmen für eine erfolgreiche Berufsbildung bestätigen unseren Einsatz. Ob dies die Fortführung des Berufsbildungspaktes, die Reform der Pflegeausbildung oder das Qualifizierungschancengesetz betrifft – wir werden darauf achten, dass Frau Karliczek die vereinbarten Projekte umsetzt und sie nicht aus der Verantwortung lassen.“